

## Protestbrief an die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Wien, 7. Juni 2024

Sehr geehrter Herr Bundesparteiobmann Kickl,

Zahlreiche Mitglieder des Verbands der Auslandspresse in Wien haben uns mitgeteilt, dass ihnen die Akkreditierung für die Wahlparty der FPÖ am Sonntagabend im Rahmen der Europawahlen verweigert wurde. Über ein Dutzend Vertreter und Vertreterinnen renommierter internationaler Medien haben trotz teilweise sehr frühzeitigen Anfragen eine Absage erhalten.

Die Ablehnungsentscheidungen waren unterschiedlich: Zunächst wurde einigen mitgeteilt, dass sie auf der Warteliste stünden, da österreichische Medien Vorrang hätten. Anderen wurde gesagt, dass es keinen Platz mehr gäbe oder dass, wenn die FPÖ alle Anfragen annehme, nur Journalisten im Saal säßen. Zuletzt hieß es, dies sei ein Anlass nur für nationale Medien. Offenkundig entspricht die Bevorteilung der österreichischen Presse einer offiziellen Politik der Freiheitlichen Partei, da deren Vertreter in fast allen Fällen zugelassen wurden.

Solche Argumente einer führenden Partei sind irritierend und unprofessionell, zumal sie einem Muster der totalen Gesprächsverweigerung mit der internationalen Presse folgen. Diese Haltung ist eine beispiellose und innerhalb der EU einzigartige Verletzung des Rechts auf Information.

Der Verband der Auslandspresse hat wiederholt sein Interesse an Treffen mit der FPÖ geäußert und tut dies hiermit erneut. Wir fordern Sie dazu auf, Ihre Entscheidung zurückzunehmen und ausländischen Medien zu erlauben, ihre zig Millionen Leser, Zuhörerinnen und Zuschauer zu informieren. Für eine Partei mit dem Anspruch, Österreich dereinst auch in einer Regierung international zu vertreten, sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Ivo Mijnsen, Präsident

Mag. Cathrin Kahlweit, Vizepräsidentin

Prof. Dipl.-Ing. Birol Kilic, Generalsekretär